

V-11 Nie wieder still – Wider den queerfeindlichen Rollback

Gremium: BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 05.10.2025
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Erst einige Monate ist Schwarz-Rot im Amt, aber es wirkt so, als würde der
2 Geist, der diese Koalition prägt, schon lange wie Blei über uns liegen. Die Zeit
3 der Ampel hat keine Verklärung verdient - gesellschafts- und insbesondere
4 queerpolitisch war ihre Zeit aber eine Phase des Aufbruchs. Nach Jahren der
5 Kämpfe konnten wir endlich das Selbstbestimmungsgesetz einführen,
6 Queerbeauftragte*r und Aktionsplan waren weitere Erfolge, andere Fortschritte
7 wurden durch den Koalitionsbruch der FDP oder - wie im Fall von Artikel 3 GG -
8 durch die Fundamentalopposition der Union verhindert. In jedem Fall aber hatten
9 wir eine Regierung, die gegen Queerfeindlichkeit angetreten ist.

10 Trotz aller Anfeindungen von ganz rechts wirkte es so, als gäbe es einen
11 demokratischen Konsens darüber, dass es kein Zurück in eine Zeit der
12 Unterdrückung und Ausgrenzung geben darf. Die Regenbogenfahne wurde auch ein
13 Symbol einer humanistisch geprägten Demokratie. Sie gehörte damit auch auf
14 öffentliche Gebäude.

15 Heute erleben wir wieder einen Aufbruch. In die falsche Richtung.
16 Rechtsextremisten erhalten derzeit so viel Zuspruch wie noch nie seit Ende des
17 Zweiten Weltkrieges. Ihre Menschenfeindlichkeit vergiftet die Debatte und die
18 öffentliche Stimmung. Bei vielen Konservativen führt das zum Reflex, in die
19 selbe Kerbe zu schlagen. Dabei führt Imitation immer zur Stärkung des Originals.
20 In allen Gesellschaften, die einen rechten Rollback erlebt haben, waren queere
21 Menschen und ihre Rechte Projektionsflächen für einen reaktionären Kulturkampf.
22 Dazu gehört auch, dass sie als Vertreter*innen von Partikularinteressen
23 dargestellt werden. Deswegen ist das Vorgehen der Bundestagspräsidentin Klöckner
24 so fatal. Wenn sie unter dem Deckmantel der Neutralität so gegen
25 Regenbogenfahnen vorgeht, hat das mit echter Neutralität nichts zu tun. Die
26 Abschaffung einer gelebten Praxis ist ein Signal. In diesem Fall genau das
27 falsche Signal zur falschen Zeit. Selbstverständlich muss der Staat
28 parteipolitisch neutral sein, er kann aber nicht wertfrei agieren. Er kann
29 Menschen, die für ihre Rechte kämpfen, nicht in der selben Haltung gegenüber
30 stehen wie denen, die Menschen ihre Rechte nehmen wollen. Unser Grundgesetz
31 lässt da keine Gleichgültigkeit zu. Insbesondere in einer Zeit, in der
32 queerfeindliche Attacken zunehmen.

33 Unsere Rolle als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist in dieser Situation klar. Wir stellen
34 uns gegen den gesellschaftlichen Rollback und bleiben eine politische Kraft, die
35 denen eine Stimme gibt, die an den Rand gedrängt werden sollen. Wir stehen
36 solidarisch an der Seite all derer, die Opfer queerfeindlicher Gewalt geworden
37 sind. Das Recht, zu demonstrieren und als Menschen sichtbar zu sein, werden wir
38 verteidigen. Das heißt auch, dass wir auf allen Ebenen, wo wir Verantwortung
39 tragen, für die Sicherheit und freie Durchführung von CSDs einstehen. Wo es noch
40 rechtliche Diskriminierung gibt, setzen wir uns für deren Beseitigung ein. Nach

41 über 76 Jahren wollen wir unser Grundgesetz endlich komplettieren und sexuelle
42 und geschlechtliche Identität in den Artikel 3 aufnehmen. Auch die Rechte
43 queerer Menschen sind universell. Sie gelten ebenso für Bürger*innen unseres
44 Landes, wie für Geflüchtete mit besonderem Schutzbedürfnis.

45 Manche Menschen behaupten, dass queerpolitisch alles erreicht wurde und
46 höchstens noch Nachjustierungen nötig sind. Abgesehen davon, dass das falsch
47 ist, könnten bei veränderten politischen Mehrheiten Rechte von Menschen sehr
48 schnell abgewickelt werden. Ein Blick nach Ungarn oder Italien beweist das auf
49 traurige Weise. Dennoch gibt es Stimmen, die sagen, dass man es nun „mal gut
50 sein lassen“ sollte. Auch bei uns. Wir Grüne sind nicht per se für alle Themen
51 und Belange gleichermaßen offen und sensibilisiert. Als erste Partei mit einem
52 Vielfaltstatut haben wir die Verantwortung, an uns zu arbeiten. Dem werden wir
53 uns stellen. Still werden wir nie wieder sein.

54 Wir fordern von der Bundesregierung folgende Maßnahmen:

55 1. Der Schutz queeren Lebens muss in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert
56 werden. Queere Menschen sind die einzige systematisch im Nationalsozialismus
57 verfolgte Gruppe, deren expliziter Schutz vor Diskriminierung an dieser Stelle
58 fehlt. Nicht nur ist hier eine Lücke zu schließen - die Einbeziehung sexueller
59 wie geschlechtlicher Identität ist notwendig, um den Rückbau erreichter Rechte
60 und wichtiger Schritte zur Gleichstellung queerer Menschen durch künftige
61 Bundesregierungen wirksam zu verhindern.

62 2. Die*der Queerbeauftragte der Bundesregierung war eine grüne Errungenschaft.
63 Wir begrüßen grundsätzlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung daran
64 anknüpft. Das Amt darf aber nicht rein symbolischer Natur sein. Deshalb muss es
65 gestärkt und klar in der Regierungsstruktur verankert werden.

66 3. Der Aktionsplan "Queer leben" muss fortgeführt und zu einem wirksamen
67 Instrument des Schutzes queerer Menschen ausgebaut werden. Auch die ideologisch
68 bedingten Versuche, das Bundesprogramm "Demokratie leben!" zu beschneiden,
69 lehnen wir ab. Die Förderung queerer Projekte durch das Programm muss erhalten
70 und ausgebaut werden.

71 4. Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) muss geschützt und verbessert werden!
72 Transfeindliche Hetze ist ein zentraler Bestandteil rechter Kulturkämpfe. Ihre
73 Narrative haben bereits mit einer perfiden Misstrauensrhetorik das
74 Selbstbestimmungsgesetz durchzogen, das nichtsdestotrotz eine der größten
75 queerpolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte darstellt und vielen
76 Menschen erstmals ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Äußerungen aus der
77 Union lassen befürchten, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte "Evaluation"
78 dazu dienen könnte, das SBGG aufzuweichen und seiner Wirksamkeit zu berauben.
79 Bündnis 90/Die Grünen stehen kompromisslos für das Selbstbestimmungsrecht aller
80 Menschen ein und lehnen solche Versuche klar ab.

81 5. Regenbogenfamilien müssen endlich gleichgestellt werden! Queere Eltern
82 erfahren an vielen Stellen noch immer Diskriminierung gegenüber anderen
83 Familienkonstellationen. So sind etwa Mütter in gleichgeschlechtlichen
84 Beziehungen nach wie vor gezwungen, ihr eigenes Kind zu adoptieren. Die längst
85 überfällige Reform des Abstammungsrechts fiel dem Koalitionsbruch durch die FDP

- 86 zum Opfer. Die Bundesregierung muss den Gesetzentwurf wieder aufnehmen und diese
87 Reform zu Ende bringen.

Begründung

Queerfeindlichkeit nimmt wieder zu – und die schwarz-rote Bundesregierung setzt die falschen Signale. Statt entschlossen Haltung zu zeigen, betreibt sie Schaufensterpolitik: Eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung von Artikel 3 GG wird groß angekündigt, im Bundestag dann aber gar nicht behandelt. Wer so handelt, meint es nicht ernst mit Gleichstellung.

Neutralität gegenüber Menschenfeindlichkeit ist keine Option. Gerade jetzt braucht es eine Politik, die queeres Leben schützt und stärkt – nicht eine, die Fortschritte relativiert oder zurückdreht.

Wir Grüne stehen an der Seite all jener, die für gleiche Rechte und Sichtbarkeit kämpfen. Nie wieder still – für Freiheit, Vielfalt und eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst leben können. Wenn es eine Zeit gibt dafür auf einer BDK eine Zeichen zu setzen, ist es diese.